

Menschenrechte als Kompass der Demokratie

Warum Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Dialog die Resilienz freier Gesellschaften stärken. Der österreichische UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk im Interview.

Laura Ari: Wenn heute von „Wehrbereitschaft“ gesprochen wird, ist oft militärische Verteidigung gemeint: Welche konkreten politischen und gesellschaftlichen Schritte braucht es aus Ihrer Sicht, um Demokratien durch Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Zusammenhalt dauerhaft resilient zu machen?

Volker Türk: Die Menschenrechte müssen in der Außen- und Sicherheitspolitik verankert sein und dürfen sich nicht auf bloße Lippenbekenntnisse beschränken. Das umfasst eine praktische Umsetzung bürgerlicher und politischer Rechte, ebenso wie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte sowie die Rechte auf Entwicklung und auf eine gesunde Umwelt. All diese Rechte sind untrennbar miteinander verbunden und voneinander abhängig. Insbesondere die Geschichte der Arbeiterbewegung veranschaulicht, wie eng soziale, politische und bürgerliche Rechte miteinander verwoben sind und Menschenrechtsbewegungen allgemein inspiriert haben. Wir dürfen Menschenrechte jedoch nie als selbstverständlich annehmen. Jede Generation muss sie neu verteidigen, verhandeln und weiterentwickeln. Dafür braucht es historisches Bewusstsein und ein solides Wissen darüber, aus welchen gesellschaftlichen Bewegungen sie entstanden sind, und dieses Wissen muss von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Sie betonen, dass die moderne Menschenrechtsbewegung aus vielen Kulturen, Traditionen und Freiheitsbewegungen hervorgegangen ist.

Welche Lehren aus dieser Geschichte sind heute besonders relevant für die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratien?

Ein grundlegender Gedanke ist die Gleichheit aller, dazu gehören Chancengleichheit, Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung. Es geht darum, die Vielfalt einer Gesellschaft anzuerkennen, einschließlich von Menschen mit Migrationsbiografie, Geflüchteten und Asylwerber:innen, denn darin liegt ihre Stärke und ihr Reichtum. Viele soziale Errungenschaften, etwa jene, die aus der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften hervorgegangen sind, beruhen auf Menschenrechten und prägen unsere Gesellschaft bis heute. Dieses

Bewusstsein sollte stärker vermittelt werden: in Schulen, in Institutionen, in Gewerkschaften ebenso wie in der Wirtschaft. Menschenrechte dürfen nicht isoliert betrachtet werden, denn sie sind eine Querschnittsmaterie, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Es ist wichtig, sich das immer wieder vor Augen zu führen. Es ist auch wichtig, Menschenrechte nicht zu einer Ideolo-

gie zu machen und keiner politischen Partei zuzuschreiben.

Wenn Menschenrechte und demokratische Standards auch in westlichen Staaten unter Druck geraten: Welche konkreten Maßnahmen müssen Regierungen setzen, um Grundrechte und demokratische Institutionen langfristig zu sichern?

Man muss sich klar dazu bekennen, dass die Menschenrechte zu den Grund Säulen der Demokratie gehören. Wenn ihre Geltung infrage gestellt wird, beispielsweise durch Angriffe auf die Unabhängigkeit der Gerichte, die Europäische Menschenrechtskonvention oder die Vereinten Nationen, dann muss man sich entschieden dagegenstellen. Es gilt, ihren konkreten Mehrwert gerade in der heutigen Zeit deutlich zu machen und die gesellschaftlichen Er-

„Wir dürfen Menschenrechte jedoch nie als selbstverständlich annehmen. Jede Generation muss sie neu verteidigen, verhandeln und weiterentwickeln.“



Volker Türk bei einem Besuch in Irpin, Ukraine.

ZUR PERSON

Dr. Volker Türk (*1965 in Linz) ist seit 2022 UN-Hochkommissar für Menschenrechte. Der österreichische Jurist setzt sich international für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Institutionen ein.

rungschaften, die auf den Menschenrechten beruhen, aktiv zu verteidigen. Zudem bedarf es kontinuierlicher Aufklärungsarbeit. Gesellschaften funktionieren stabiler und solidarischer, wenn sie auf den Grundsätzen der Menschenrechte basieren, weil diese ohne Ausnahme immer von der Würde jedes einzelnen Menschen ausgehen. Menschenrechte sind kein Menü à la carte, sondern ein verbindlicher Maßstab für alle.

Welche Rolle spielt soziale Gerechtigkeit für demokratische Stabilität - und welche politischen oder gesellschaftlichen Schritte wären notwendig, um Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung zu verringern?

Soziale Gerechtigkeit ist eine wichtige Grundlage

„Um Polarisierung und Spaltung entgegenzuwirken, müssen wir wieder stärker den Dialog suchen.“

der Menschenrechte. Ein Blick in die Geschichte in Österreich, in Europa und weltweit zeigt, dass soziale Ungleichheit häufig den Nährboden für Gewalt, Konflikte und Extremismus bildet, einschließlich des Rechtsextremismus. Soziale Gerechtigkeit ist daher ein Kernbestandteil dessen, was ich als eine Menschenrechtsökonomie bezeichne, also ein Wirtschaftssystem, das sich an den Menschenrechten orientiert. Sie ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für demokratische Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Um Polarisierung und Spaltung entgegenzuwirken, müssen wir wieder stärker den Dialog suchen. Das bedeutet, einander zuzuhören, auch bei unterschiedlichen Meinungen, und nicht aufgrund von Vorurteilen oder Stereotypen vorschnell zu urteilen.

Die Stärke einer offenen Gesellschaft liegt gerade darin, Räume für ehrliche und respektvolle Debatten zu schaffen, in denen Probleme benannt und gemeinsam Lösungen entwickelt werden können. Soziale Medien haben beispielsweise dazu beigetragen, dass viele Menschen nur sich selbst hören, was

Polarisierung verstärkt und Antworten zu komplexen Fragen auf einfache Schwarz-Weiß-Muster reduziert. Doch auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt es keine einfachen Antworten. Unsere Welt ist komplexer geworden, und genau diese Komplexität gilt es anzunehmen und konstruktiv zu gestalten.

Viele internationale Konflikte werden zunehmend mit militärischer Machtpolitik statt mit Diplomatie geführt. Welche Reformen oder Prioritäten wären aus Ihrer Sicht notwendig, damit die UNO und internationale Institutionen Konflikte wirksamer eindämmen und Menschenrechte besser durchsetzen können?

Erstens muss man die Vereinten Nationen als eine große Errungenschaft ansehen. Ohne ihre tägliche Arbeit im humanitären, menschenrechtlichen und politischen Bereich, wäre auch das Leben hier in Österreich gefährdet. Diese Zusammenhänge sind nicht immer unmittelbar sichtbar, doch die Vereinten Nationen sind ein wichtiger Stabilitätsfaktor und tragen wesentlich zur Konfliktprävention und Konflikteindämmung bei. Reformbemühungen sind immer notwendig, aber leider ist die Verunglimpfung der Vereinten Nationen mittlerweile zur Mode geworden, was ihrer Bedeutung in keiner Weise gerecht wird.

Zweitens reichen Lippenbekenntnisse zu den Menschenrechten nicht aus, sondern man muss sich aktiv für sie einsetzen. Das beginnt im persönlichen Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Schule und im politischen Diskurs. Wer politische Programme oder öffentliche Aussagen bewertet, findet in den Menschenrechten einen verlässlichen Maßstab und eine Orientierungshilfe. Sie sind ein Kompass, der auch in kontroversen politischen Auseinandersetzungen Richtung geben kann und unverzichtbar ist, wenn es darum geht, geschlechtsspezifische Gewalt, den Anstieg von Femiziden und strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.

Drittens setze ich mich als UN-Hochkommissar für Menschenrechte dafür ein, über Menschenrechte zu berichten, Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und zugleich konkrete Lösungsansätze aufzuzeigen. Angesichts von derzeit 61 Konflikten weltweit ist das dringlicher denn je. In den letzten Jahren haben wir zudem neue Herangehensweisen

zu Friedensverhandlungen entwickelt, die auf vertrauensbildenden Maßnahmen aus dem Menschenrechtsbereich beruhen. Solche Konzepte wurden unter anderem für die Konflikte in Israel/Gaza, der Demokratischen Republik Kongo/Ruanda, Russland/Ukraine sowie im Sudan erarbeitet.

Welche Verantwortung tragen Behörden, Verwaltung und internationale Institutionen, wenn demokratische Werte schleichend ausgehöhlt werden – und welche Instrumente sind nötig, um frühzeitig gegenzusteuern?

Staatliche Institutionen haben natürlich eine ganz besondere Verantwortung, was die Einhaltung der Menschenrechte betrifft. Es bedarf jedoch stets unabhängiger Kontrollorgane wie etwa die Gerichte, nationale Menschenrechtsinstitutionen wie die Volksanwaltschaft sowie Parlamente und unterschiedliche Gremien, die zur Überwachung der Menschenrechte zuständig sind. Ebenso

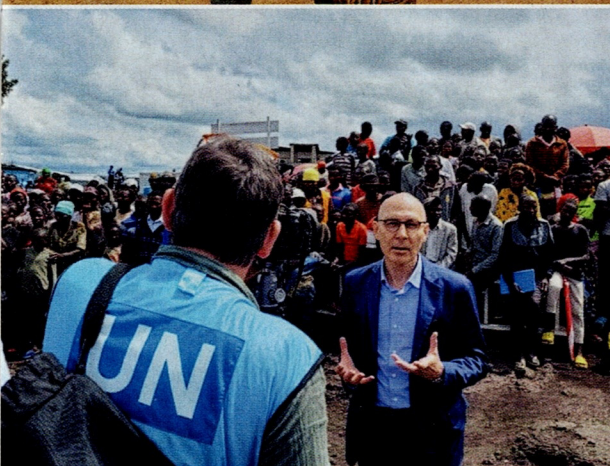
wichtig ist eine starke Zivilgesellschaft, die sich für alle Menschen einsetzt. Dabei sollte auch mehr Solidarität innerhalb der Gesellschaft gestärkt werden. Selbst wenn man nicht persönlich betroffen ist, dürfen uns Menschenrechtsverletzungen, egal wo sie geschehen, nicht gleichgültig sein. Zudem ist unabhängiger und freier Journalismus sehr wichtig, um Falschinformationen, Hassreden

und Hass im Netz entgegenzuwirken. Menschenrechtsverletzungen sind in der Regel das Ergebnis einer schleichenden Entwicklung, der man bereits in den Anfängen wehren muss. Dies wird beispielsweise im Theaterstück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ von Bertolt Brecht sehr gut veranschaulicht.

Was bedeutet „Resilienz auf allen Ebenen“ im 21. Jahrhundert konkret – und welche politischen, institutionellen oder gesellschaftlichen Maßnahmen sind notwendig, um Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nachhaltig zu stärken?

Die Welt ist komplexer geworden, und das verunsichert viele Menschen. Allerdings liegt die Zukunft darin, mit dieser Komplexität umgehen zu lernen. Politik darf die Bevölkerung nicht mit populistischen Schlagworten abservieren, sondern muss tragfähige Lösungen erarbeiten. Das braucht Zeit,

„Wer politische Programme oder öffentliche Aussagen bewertet, findet in den Menschenrechten einen verlässlichen Maßstab und eine Orientierungshilfe.“



Volker Türk bei seinem Einsatz in der Demokratischen Republik Kongo – Ankunft in Bunia und Besuch im Vertriebenenlager Bulengo nahe Goma – sowie bei einer Veranstaltung an der Universität Dhaka.



öffentliche und konstruktive Diskussionen und die Bereitschaft zur ernsthaften Auseinandersetzung. Resilienz entsteht durch das Konzept der „Deep Democracy“ (Tiefen Demokratie), also durch Debatten, die über politische und gesellschaftliche Lager hinweg stattfinden. Angesichts von Klimawandel, wachsender Ungleichheit und globalen Spannungen braucht es genau diese Form des Dialogs, um notwendige wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen zu gestalten. Konstruktive Diskussionen motivieren, einander Lösungen zu

entwickeln und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick auf Bertha von Suttner und ihr Werk „Die Waffen nieder!“. Gerade in einer Zeit, in der wir wieder Tendenzen zur Militarisierung beobachten, ist ihre Idee einer Friedenskultur umso wichtiger. Auch hier bieten Menschenrechte eine gemeinsame Grundlage für Orientierung und Debatte, besonders in Zeiten der Turbulenz.

Vielen Dank für das Interview!

Die im Interview angesprochenen Grundwerte finden sich auch in zentralen Institutionen wieder: in den Gründungsprinzipien der Vereinten Nationen ebenso wie im Statut des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Die Vereinten Nationen (UNO)

Die Vereinten Nationen wurden 1945 nach den Erfahrungen zweier Weltkriege gegründet. Ihr Ziel ist es, den Weltfrieden zu sichern, internationale Zusammenarbeit zu fördern und die Achtung der Menschenrechte weltweit zu stärken. Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 schufen die UN einen globalen Referenzrahmen für Freiheit, Würde und Gleichheit.

Aus dem ÖGB-Statut

Der Österreichische Gewerkschaftsbund bekennt sich zur Wahrung der in der Verfassung verankerten Rechtsstaatlichkeit unseres Landes in einem sozialen Europa, zur Bekämpfung des Faschismus und totalitärer Bestrebungen sowie zur Sicherung von Weltfrieden und Menschenrechten (§ 3 – Auszug)